

zentren“ – in Ergänzung zu den Frauenhäusern –, in denen gewaltgefährdete Frauen, Männer und Kinder zu ihrem je persönlichen und zugleich gemeinsamen Schutz finden sollen, der rechte Ort dafür sind, läßt sich bezweifeln. Helfen geht durchaus, auch für die Gutachter, vor strafen, wenn auch nicht widerspruchsfrei, z. B. wenn sie nicht nur das Züchtigungsverbot für Eltern festschreiben wollen, sondern ohne Wenn und Aber – trotz des Grundsatzes „Helfen statt strafen“ – die Bestrafung der Vergewaltigung in der Ehe fordern.

Gutachter und Kritiker sollten es gemeinsam versuchen

Jürgen Habermas warf den Gutachtern vor, bei ihnen gingen Helfen, Überwachen und Strafen eine chemische Verbindung ein. Das trifft gewiß eine Kernabsicht des Gutachtens. Aber es kommt auf die Dosierungen der Elemente innerhalb einer solchen Verbindung und auf die

von ihr ausgehenden Wirkungen an. Vielleicht sollten Gutachter und Kritiker einfach noch gründlicher gemeinsam überlegen, aus welchen Strukturen des Zusammenwirkens individueller, zwischenmenschlicher, lebensweltlicher Ursachen Gewaltbereitschaft und Gewaltneigung sich herleiten. Den Begriff der *strukturellen Gewalt*, der den Kritikern so lieb und teuer ist und den die Gutachter so gründlich verachten, daß sie ihn nur eben karikierend andeuten und nicht einmal versuchsweise beschreiben, müßte dabei weder perhorresziert noch vermieden werden, weder allein als „Gewalt von oben“ noch übermäßig institutionenschonend hauptsächlich als Produkt intersubjektiver Kommunikationsstörungen lebensweltlicher Art verstanden werden. Er fände vermutlich zu seiner reellsten Bedeutung, wenn er als Wirkungszusammenhang eines Geflechts von persönlichen und kollektiven, individual- und systembezogenen Verstrickungen verstanden würde, die individuell und kollektiv Angst machen und damit Gewaltbereitschaft und Gewaltneigung erzeugen.

David Seeber

Systemwandel in der Sowjetunion: Chancen, Grenzen, Gegenkräfte

Ein Gespräch mit Wolfgang Leonhard

In den nächsten Monaten dürfte sich entscheiden, ob es in der Sowjetunion über die bisherigen Reformen hinaus zu einem wirklichen Systemwandel kommt und erfolgversprechende Wege zur Überwindung der tiefgreifenden Krisenerscheinungen (Wirtschaft, Nationalitäten, Rolle der Partei) gefunden werden. In unserem Gespräch mit dem bekannten Sowjetologen Wolfgang Leonhard geht es um eine Zwischenbilanz von Glasnost und Perestrojka und um den Ausblick auf die weitere Entwicklung der UdSSR. Leonhard (geb. 1921) wurde bekannt durch sein Buch „Die Revolution entläßt ihre Kinder“, in dem er seine Jahre in Moskau und seine Abwendung vom Kommunismus darstellt. Er hat seither viel über die Sowjetunion und den Marxismus publiziert und ist Professor an der amerikanischen Yale-Universität. Die Fragen stellten Ulrich Rub und David Seeber.

HK: Herr Professor Leonhard, daß es in den letzten Jahren zu einem tiefgreifenden Systemwandel in der Sowjetunion gekommen ist, ist zweifellos vor allem das Verdienst eines Mannes: Michail Gorbatschow. In welchem Umfang hängt der Fortgang dieses Prozesses noch von Persönlichkeit und Machtstellung Gorbatschows ab?

Leonhard: Gorbatschow ist unzweifelhaft der Initiator der größten Reform in der 70jährigen Geschichte der Sowjetunion, wahrscheinlich sogar der bedeutendsten Reform in der zwölfhundertjährigen Geschichte Rußlands. Er war der Motor dieser Reformbewegung und ist es zum

Teil auch heute noch. Es gibt gegenwärtig zwar noch keine personelle Alternative zu Gorbatschow, aber inzwischen sind viele neue Kräfte in Erscheinung getreten. Es ist deshalb sehr gut möglich, daß sich sowohl auf dem Reformflügel wie bei den Gegnern der Reformen in Zukunft andere Führungspersönlichkeiten in den Vordergrund schieben. Vor allem in der Bundesrepublik konzentriert man sich zu sehr auf die Person Gorbatschows und verliert dabei aus den Augen, was sich in der Sowjetunion schon verändert hat und welche Strömungen aufgrund dieser Veränderungen heute das politische Geschehen bestimmen.

HK: Aber hat sich denn im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gefüge der Sowjetunion schon Grundlegendes verändert? Ist im Vergleich mit der rasanten Entwicklung in anderen Ostblockstaaten in der Sowjetunion selbst der Reformprozeß bis heute nicht ziemlich aussichtslos zurückgeblieben?

Leonhard: Am weitesten ist man bisher mit Glasnost vorgekommen. Die eintönige, langweilige, beschönigende und verlogene Presse gehört seit 1986 der Vergangenheit an. Erstmals sind in der Sowjetunion die Tabus gebrochen worden: Die Bevölkerung wurde ungeschminkt, mit genauen Zahlen informiert über Alkoholismus, Korruption und Bestechung in den Apparaten, die Umweltprobleme, das Defizit der sowjetischen Finanzen, über das wirkliche

Rüstungsbudget. Man hat mit weitreichender Aufarbeitung der Vergangenheit begonnen durch offene Schilderungen Lenins und von Lenins Tod, der Machtergreifung Stalins, der Kollektivierung, der großen Säuberung, der Rolle des Staatssicherheitsdienstes, der Opfer der Stalin-Periode, der expansionistischen Tendenzen der sowjetischen Außenpolitik usw. Inzwischen sind auch Tausende informeller Gruppen entstanden, die heute legal existieren und ihre Auffassung vertreten können, von kleineren Gruppen von Jugendlichen bis zu riesigen Organisationen wie den Volksfronten, also etwa Sajudis in Litauen oder Ruch in der Ukraine. Oder denken Sie nur an die positive Wende in den Beziehungen zu Religion und Kirche ...

„Die Perestroika ist durch eine ‚Revolution von unten‘ ergänzt worden“

HK: Aber von einem wirklich demokratischen System scheint die Sowjetunion noch weit entfernt zu sein und trotz rechtsstaatlicher Gehversuche auch von Rechtsstaatlichkeit im westlichen Sinne. Wird wenigstens die Parlamentarisierung des Systems sich fortsetzen und Bestand haben?

Leonhard: Die Mehrkandidatenwahlen, die erstmals am 26. März 1989 stattgefunden haben, waren ein wesentlicher Schritt in dieser Richtung. In über 80 Prozent der Wahlkreise waren mehrere Kandidaten aufgestellt, und es gab einen Wahlkampf mit klaren und offenen Auseinandersetzungen. Im neuen Kongreß der Volksdeputierten und dem aus seinen Reihen gewählten Obersten Sowjet wurde außerordentlich lebhaft und scharf debattiert. Es ist daher nicht übertrieben, von einem beginnenden Parlamentarismus in der Sowjetunion zu sprechen. Noch nicht sehr weit ist die Justizreform gediehen, aber auch hier sind erste Schritte unternommen worden: mehr Unabhängigkeit der Gerichte, Rehabilitierungen, offene Diskussionen darüber, daß man Angeklagte nicht ohne Beweise verurteilen darf, Stärkung des Verteidigers im Prozeß. Selbstverständlich ist die Sowjetunion noch längst kein Rechtsstaat, aber man hat auf dem Weg dazu Fortschritte erzielt, die noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbar gewesen wären.

HK: Wie weit reicht aber die Auflockerung des öffentlichen Klimas in das Volk, in die Gesamtbevölkerung hinein, bzw. wieweit handelt es sich nur um Veränderungen in einer intellektuellen Elite? Leidet nicht die Gorbatschowsche Revolution, so kühn sie angelegt sein mochte, nicht gerade darunter, daß sie eine Revolution von oben war und trotz der erkennbaren Wirkungen in der Bevölkerung eine solche bleibt?

Leonhard: Es ist ein bedauerliches Mißverständnis in der westlichen Welt – auch in der Bundesrepublik –, daß sich angeblich für Glasnost nur die Intellektuellen engagieren. Gewiß waren (und sind) die Angehörigen der künstlerischen und der naturwissenschaftlichen Intelligenz eindeu-

tig die Vorreiter von Glasnost und Perestroika, aber inzwischen geht die Bewegung längst darüber hinaus und hat weite Bevölkerungskreise erfaßt. Die Perestroika, die als „Revolution von oben“ begann, ist durch eine „Revolution von unten“ ergänzt worden. Die aktive Beteiligung der Bevölkerung bei den Wahlen vom März 1989, die oft spannenden Auseinandersetzungen im Wahlkampf, die gewaltigen Streiks im Sommer 1989 und das Entstehen unabhängiger Gewerkschaften waren dafür die ersten Anzeichen. Diese Bewegung ist im Ansteigen. Die Demonstration in Moskau Anfang Februar 1990 – am Vorabend des Plenums des Zentralkomitees – mit den Forderungen nach Abschaffung des Monopols der KPdSU und dem schnellen Übergang zu einem demokratischen Mehr-Parteien-System hat dies verdeutlicht.

HK: Nach dem ZK-Plenum im Februar soll nun die KPdSU auf ihre verfassungsrechtlich verankerte Führungsrolle verzichten. Der Artikel 6 der Verfassung, der die Führungsrolle festschreibt, soll gestrichen werden. Ist die KPdSU tatsächlich bereit, auch die praktischen Folgen eines solchen Schrittes hinzunehmen? Oder bleibt der Partei inzwischen gar nichts mehr anderes übrig, weil sie bereits zu viel Ansehen in der Bevölkerung verloren hat?

Leonhard: Der Beschluß des ZK-Plenums vom 7. Februar, das in Artikel 6 der Verfassung festgeschriebene Machtmonopol der Partei aufzugeben, ist von außerordentlicher Bedeutung. Mit diesem Beschluß wird die bisher übliche kleinliche Bevormundung aller Staats- und Wirtschaftsorgane durch die Partei und den Parteiapparat aufgegeben. Damit erfolgt eine deutliche Trennung von Partei und Staat, eine Aufwertung der parlamentarischen Körperschaften bei gleichzeitiger Verwandlung der Partei in eine politische Organisation, die durch ihre Vorschläge und Programme sich um die Zustimmung der Bevölkerung bemühen muß. Die Ursache für diese weitreichende Wandlung waren meiner Auffassung nach sowohl der Druck der Bevölkerung – wie besonders bei der Massendemonstration der 200 000 Moskauer am Vorabend des Plenums zum Ausdruck kam – als auch die Erkenntnis, daß die große Umgestaltung der Perestroika nicht mehr durch eine bürokratisch-diktatorische Monopolstruktur der bisherigen Partei zu gewährleisten ist. Nur durch eine demokratisierte Partei und durch die Heranziehung anderer gesellschaftlicher Kräfte der Bevölkerung kann die Umgestaltung des Systems verwirklicht werden. Gerade im Parteiapparat sind die Reformgegner besonders stark vertreten. Mit der Aufgabe des Machtmonopols der Partei ist allerdings der Kampf keineswegs beendet, denn zweifellos gibt es in den Parteiapparaten der Unions-Republiken, der Gebiete, der Städte und Kreise noch starke Gegenkräfte, die nicht bereit sind, auf ihre bisherige Machtstellung zu verzichten.

HK: Gerade die Diskussionsbeiträge auf dem ZK-Plenum haben gezeigt, wie groß die Meinungsverschiedenheiten in der KPdSU inzwischen sind. Wie ist das Gewicht der verschiedenen Kräfte in ihr zu beurteilen?

Leonhard: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hat sich in den letzten 5 Jahren weitgehend gewandelt. An der Stelle der früheren einheitlichen, fast monolithischen Partei – die gegenwärtig 19,5 Millionen Mitglieder zählt – haben sich inzwischen unterschiedliche Strömungen herausgebildet. Zu nennen sind erstens die *Anhänger Gorbatschows*, die Befürworter von Glasnost und Perestroika, d.h. einer weitreichenden Demokratisierung des politischen Systems, des Rechtssystems, einer Umgestaltung des Wirtschaftssystems und einer Reform der Nationalitäten-Politik – allerdings im Rahmen des Sozialismus (wenn auch darunter heute ein etwas elastischeres, gemäßigeres System verstanden wird als früher) und unter der Führung Gorbatschows und seiner Mannschaft. Eine zweite Strömung, oft als *radikale Reform* bezeichnet, verkörpert durch den kürzlich verstorbenen Andrej Sacharow, durch den Ökonomen Gavriel Popow, die Soziologin Tatjana Saslavskaja, den Ogonjok-Chefredakteur Korotytsch sowie, nach außen, durch den Volkstribun Boris Jelzin, befürwortet eine schnellere Demokratisierung und den möglichst baldigen Übergang zu einem Mehr-Parteien-System und einer Marktwirtschaft. Diese Richtung unterstützt Gorbatschow gegen seine Gegner, drängt ihn aber gleichzeitig zur Beschleunigung der Reformen.

„Auch in der Sowjetunion könnten bald Gespräche am runden Tisch stattfinden“

HK: Die beharrenden Kräfte scheinen aber immer noch sehr kompakt zu sein, trotz mancher Lippenbekenntnisse zur Perestroika ...

Leonhard: Dieser Flügel ist in sich nicht einheitlich. Eine Strömung, meist als „Bremsen“ bezeichnet, verkörpert im Politbüro durch Jegor Ligatschow und Lew Saikow, will die Reformen auf den ökonomisch-technologischen Bereich begrenzen. Sie lehnen nicht nur ein Mehr-Parteien-System, sondern sogar schon ein Mehr-Kandidaten-System ab, warnen, die Presse ginge angeblich „zu weit“, wollen die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit begrenzen und die geplante private Initiative in der Wirtschaft verhindern. Ihr Lieblingswort ist „Konsolidierung“; sie treten für eine begrenzte Modernisierung statt einer wirklichen Reform des Systems ein. Daneben gibt es die „Breschnewisten“, höflicher ausgedrückt die „traditionellen Bürokraten“. Das sind Funktionäre, die mit und unter Breshnjew in die Führung gelangt sind. Die bürokratische Routine ist ihr Lebensinhalt und Lebensziel. Sie sehnen sich nach dem alten bürokratisch-autoritären System zurück und hoffen, daß die für sie so entsetzliche Glasnost und Perestroika bald im Sand steckenbleibt. Schließlich gibt es innerhalb und außerhalb der Partei ein buntes Gemisch von extremen russischen Nationalisten (darunter auch die Pamjat-Bewegung), die im deutschen Parteispektrum etwa der NPD entsprechen würden. Darunter befinden sich rabiate Antisemiten, Verfechter eines

russisch-großrussischen Chauvinismus, nationalistische Gruppen und teilweise auch Personen, die sich sogar nach der Stalin-Diktatur zurücksehnen.

HK: Wird die KPdSU sich in absehbarer Zeit spalten oder zumindest deutlicher als bisher in einzelne Fraktionen auseinanderfallen und damit den Weg für ein Mehr-Parteien-System freimachen?

Leonhard: Unter den heutigen Bedingungen könnten sich bald innerhalb der KPdSU, auch offiziell, unterschiedliche Gruppierungen herausbilden, die mit unterschiedlichen programmatischen Vorschlägen auftreten – wahrscheinlich schon auf dem für Juni vorgezogenen 28. Parteitag. Dies würde der erste Schritt dazu sein, innerhalb der Partei eigene Vereinigungen zu bilden. Auf längere Sicht könnte sogar eine Aufspaltung der KPdSU etwa in eine traditionell marxistisch-leninistische Partei, eine reform-sozialistische bzw. auch sozial-demokratische Richtung erfolgen, was sich keineswegs negativ, sondern für die sowjetische politische Entwicklung positiv auswirken würde. Auch stelle ich mir vor, daß bald, ähnlich wie in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern des Warschauer Pakts, in der Sowjetunion „Gespräche am runden Tisch“ stattfinden – von Vertretern der KPdSU mit den neu entstandenen informellen Vereinigungen, darunter Volksfronten und unabhängigen Gewerkschaften. Eine solche Entwicklung könnte schrittweise zu einem Mehr-Parteien-System führen. Schon heute gibt es Kräfte, wie etwa die „Interregionale Gruppe“, die man als sozial-liberal bezeichnen könnte; es gibt starke grüne Bewegungen, konservative Nationalisten, unabhängige Gewerkschaften (ähnlich der „Solidarność“ in Polen), und mit der Herausbildung christlich-demokratischer Gruppierungen oder Vereinigungen dürfte in Zukunft zu rechnen sein.

„Das Fach Marxismus-Leninismus wurde an allen sowjetischen Bildungseinrichtungen 1989 abgeschafft“

HK: Verglichen mit anderen Ostblockländern, vollzieht sich der Rückzug der Partei in der Sowjetunion langsamer. Möglicherweise hat aber die raschere Demokratisierung in den ehemaligen Satellitenstaaten dazu beigetragen, daß eine grundlegende „Umgestaltung“ auch in der Sowjetunion unausweichlich wird?

Leonhard: Die Entwicklung in den ost- und mitteleuropäischen Ländern des Warschauer Paktes wirkt sich außerordentlich stark auf die Sowjetunion aus, allerdings in einer zwiespältigen Art. Die Gorbatschow-Anhänger und die konsequenten Reformen bekommen durch die Demokratisierung im bisherigen Ostblock Oberwasser, weil sie sich in ihren Bemühungen bestätigt sehen. Andererseits darf man nicht verkennen, daß die schnelle Entwicklung

in den ost- und mitteleuropäischen Ländern bei den Technokraten und Breschnewisten, vor allem aber bei den Rechtsnationalisten und Stalinisten, als Warnung empfunden wird und ihren Widerstand verstärkt.

HK: Daß der Umgestaltungsprozeß in der Sowjetunion ein langsames Tempo hat, wird auch im ideologischen Bereich sichtbar. In bisher so linientreuen Ländern wie der DDR und der Tschechoslowakei ist die offizielle, jahrzehntelang mit ungeheurem Aufwand propagierte Ideologie des Marxismus und Leninismus wie ein Kartenhaus in kürzester Zeit zusammengebrochen. Es zeigte sich, daß sie eigentlich längst nur noch Fassade war, ungeliebter, aufgezwungener Überbau. Was bleibt nach fünf Jahren Glasnost in der Sowjetunion noch vom Marxismus-Leninismus?

Leonbard: Auch auf ideologischem Gebiet haben sich in den letzten Jahren wichtige Veränderungen vollzogen. Ein erster entscheidender Schritt war die Abkehr von der Unfehlbarkeit der Partei – schon Anfang 1987. Offiziell wurde, auch von Gorbatschow selbst, erklärt, die Partei sei nicht unfehlbar, sie habe früher Fehler gemacht, mache jetzt Fehler und werde auch in Zukunft Fehler machen. Ein zweiter Meilenstein war dann die veränderte Stellung zum Eigentum. Bis 1985/86 war unumstritten, daß es sozialistisches Eigentum nur als Staatseigentum geben kann. Als „niedere Form“ wurde noch kollektivwirtschaftlich-genossenschaftliches Eigentum zugestanden, während Privateigentum als a priori schlecht, negativ, bekämpfenswert galt. Seit 1986/87 gilt demgegenüber offiziell: die sozialistische Wirtschaft kann sich auf unterschiedlichste Eigentumsformen stützen, die harmonisch miteinander zusammenwirken. Als dritter neuer Akzent ist dann die veränderte Sicht der Religion zu nennen, die die Propagierung des Atheismus als verpflichtende Weltanschauung für alle Parteimitglieder und Jungkommunisten ablöste.

HK: Aber der Marxismus-Leninismus scheint immer noch ideologische Grundlage im sowjetischen Bildungswesen zu sein ...

Leonbard: Nicht mehr. 1989 wurde in allen sowjetischen Schulen, Fachschulen, Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten das Fach Marxismus-Leninismus abgeschafft. Bis dahin war es üblich, daß an allen Hochschulen der Sowjetunion Marxismus-Leninismus in 440 Unterrichtsstunden gelehrt wurde, also vier Jahre lang jeweils drei Wochenstunden Vorlesungen und Seminare. Diese Veranstaltungen waren für alle Studenten verpflichtend, und der Stoff wurde geprüft. An die Stelle dieses Kurses sind jetzt vier Fächer getreten: zeitgenössische Philosophie, Sozialgeschichte unserer Zeit, Probleme des Sozialismus und ökonomische Lehren. Zunächst wollte man auch dafür wieder offizielle Lehrbücher drucken. Darauf hat man jetzt aber verzichtet, so daß erstmals die Professoren sowjetischer Hochschulen diesen Unterricht selbst gestalten können, was für manche nicht ganz einfach sein

dürfte. Innerhalb von vier Jahren wurde also der Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion als verpflichtende Ideologie schrittweise überwunden.

HK: Wie wird inzwischen die Oktoberrevolution als Gründungsakt der Sowjetunion gesehen? Den osteuropäischen Ländern wurde das kommunistische System als Folge des Zweiten Weltkrieges aufgezwungen, in der Sowjetunion war es Ergebnis einer revolutionären Umwälzung. Wie sieht man heute die Oktoberrevolution als Ausgangspunkt und Grundlage des Sowjetsystems?

Leonbard: Gorbatschow selbst hält immer noch an der Oktoberrevolution wie auch an Lenin als Grundlagen einer positiven sowjetischen Entwicklung fest, während bei den konsequenten Demokraten die Oktoberrevolution schon gründlich entmythologisiert und in ihrer Normativität relativiert wird. Manche sind der Ansicht, eine Weiterführung der Ansätze der provisorischen Regierung von 1917 hätte zu einer positiven evolutionären Entwicklung geführt und die Oktoberrevolution sei daher kritisch zu betrachten. Solche Meinungen werden vorwiegend in den Reihen der konsequenten Reformer geäußert, obwohl es auch schon Professoren der Gorbatschow-Richtung gibt, die zumindest eine Neubewertung des Oktobers 1917 und Lenins ernsthaft in Erwägung ziehen. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß eine Minderheit von Abgeordneten im Obersten Sowjet dafür gestimmt hat, das Lenin-Mausoleum zu schließen und den Gründungsvater der Sowjetunion in einem gewöhnlichen Grab zu bestatten. Vielleicht wird daraus schon bald eine Mehrheit.

„Massive Lebensmittelunruhen sind eine ernste Gefahr“

HK: Woran kann man sich nach 70 Jahren kommunistischen Systems in der Sowjetunion ideologisch-politisch bei einem Neuanfang überhaupt orientieren? Gibt es Sinn, an die verschiedenen Reformansätze im Rußland des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts bis zur Oktoberrevolution anzuknüpfen?

Leonbard: Man geht vielfach an die Ursprünge der sozialistischen Bewegung zurück und versucht, den Begriff Sozialismus neu zu definieren. Das gilt auch für Gorbatschow, der sagte, daß es heute noch keine konkrete Vorstellung gibt, was eigentlich Sozialismus sei. In der Sowjetunion wird heute die sozialdemokratische Bewegung positiv dargestellt. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß im März 1989 der 70. Jahrestag der Kommunistischen Internationale selten erwähnt wurde, während die Einhundertjahrfeier der Zweiten Internationale im Vordergrund stand, die 1889 im Beisein von Friedrich Engels in Paris gegründet wurde. Hier zeigt sich das Bestreben, die kommunistische Vergangenheit kritisch zu bewerten und sich zunehmend in der Linie der sozialistischen Bewegung der Zweiten Internationale zu sehen.

HK: Bleibt der Sowjetunion für den schwierigen Prozeß des politisch-ideologischen Systemwandels, der Ablösung von ihrem bisherigen Selbstverständnis angesichts zunehmender wirtschaftlicher und sozialer Probleme überhaupt noch genügend Zeit? Birgt nicht allein schon die katastrophale Wirtschaftslage den Sprengstoff, dessen Explosion die Perestroika zum Einsturz bringen könnte?

Leonhard: Im Blick auf die Wirtschaft muß man unterscheiden zwischen dem akuten Problem der Lebensmittelversorgung und einer grundsätzlichen Veränderung des gesamten Wirtschaftssystems. Die Lebensmittelversorgung hat sich in den letzten vier Jahren drastisch verschlechtert. In über der Hälfte der 157 sowjetischen Gebiete („oblasty“) gibt es Lebensmittelkarten mit Rationen, die knapp über denen des Krieges liegen; es herrscht Mangel an Grundnahrungsmitteln und an den einfachsten Dingen des täglichen Lebens wie Seife oder Windeln in einem kaum vorstellbaren Ausmaß. Die Ursache dieser entsetzlichen Verschlechterung der Lebensmittelversorgung liegt darin, daß die früheren Antriebe – Zwang, Angst und Unterdrückung – geschwunden sind, der neue Antrieb des materiellen Interesses aber noch nicht funktioniert. Mit dem Geld kann man nichts anfangen, und es herrscht ein Entlohnungssystem, das jeder Initiative Hohn spricht. Ich sehe hier zwei Gefahren: Die eine besteht darin, daß die Bevölkerung zunehmend apathisch wird, in die Hoffnungslosigkeit zurücksinkt und das Vertrauen in die Perestroika verliert. Schon jetzt steht die Bevölkerung, die noch bis vor einem Jahr weithin die Reformen unterstützt hat, der Perestroika nicht mehr so positiv gegenüber. Die zweite, noch ernstere Gefahr sind massive Lebensmittelunruhen, wie es sie in der russischen Geschichte mehrfach gegeben hat. Auch die Revolution von 1917 hat mit Lebensmittelunruhen begonnen und jeder weiß, daß das noch einmal geschehen kann.

HK: Wenn schon der Übergang von den alten „Antrieben“ zu den neu geforderten so schwierig ist, wie soll dann eine Gesamtreform des Systems in Richtung auf mehr Marktwirtschaft gelingen?

Leonhard: Entscheidend für eine wirkliche Wirtschaftsreform wären die drastische Reduzierung des bürokratischen Apparates, des riesigen Stabes der Beamtenfunktionäre, die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen auf die Ebene der Betriebe, die Vergrößerung des genossenschaftlichen Sektors bei Reduzierung des staatlichen Sektors und weitreichende Möglichkeiten privater wirtschaftlicher Betätigung in Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe und Dienstleistungssektor. Hier sind sehr große Widerstände zu überwinden. Immerhin gibt es 47 Wirtschaftsministerien, 12 Staatskomitees und eine riesige staatliche Plankommission. Zu diesem Apparat auf gesamtsowjetischer Ebene kommen die entsprechenden Bürokratien in den 15 Unionsrepubliken und in den 157 Gebieten. Im sowjetischen Wirtschaftsapparat sind 15,3 Millionen Funktionärsbeamte tätig, von denen die Mehrheit weiß, daß eine Wirtschaftsreform ihre Machtstellung gefährden könnte.

HK: Besteht ein Hauptproblem nicht darin, daß man in der Sowjetunion, bevor es zu praktischen Reformen überhaupt kommt, bereits bei den Konzepten nicht wirklich vorankommt? Bei den Wirtschaftsbeschlüssen der letzten Monate war von einer Bereitschaft zur Öffnung im größeren Stil nichts zu spüren. Hemmt nicht die fehlende Bereitschaft, sich überhaupt auf grundlegende Wirtschaftsreformen einzulassen, ebenso wie der Widerstand in der Bürokratie?

Leonhard: An Konzeptionen für eine möglichst schnelle Überwindung des bürokratischen Plansystems, für weitreichende Verselbständigung der Unternehmen, Forcierung des Privateigentums und den Übergang zur Marktwirtschaft fehlt es nicht. Wie schwer man sich aber bei der konkreten Reform tut, zeigen nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um das von Gorbatschow geforderte Pachtssystem, wonach jede Person, jede Familie oder jede Gruppe von Menschen von den Kollektivwirtschaften und Staatsgütern für 50 Jahre Land, Vieh und Maschinen pachten kann, um damit die private Tätigkeit zu stimulieren. Dieses Pachtssystem ist direkt und in aller Öffentlichkeit von Ligatschow angegriffen worden, der im Politbüro und in der Führung für Landwirtschaft verantwortlich ist. Nikolai Ryschkow, der Ministerpräsident der Sowjetunion, ursprünglich ein Anhänger Gorbatschows, der heute etwa in der Mitte zwischen beiden steht, hat bei der Verkündung der Wirtschaftsreform weitgehend die kritischen Vorbehalte Ligatschows berücksichtigt und den Reformkräften gegenüber einen Rückzieher gemacht.

„Glasnost hat das neue Aufbrechen nationaler Konflikte ermöglicht“

HK: Aber kann man in der Sowjetunion überhaupt radikal auf eine marktorientierte Wirtschaft umsteuern, ohne daß es zu untragbaren Härten für die Bevölkerung kommt? Welche Opfer eine Wende zur Marktwirtschaft kostet, läßt sich derzeit in Polen und in der DDR sehen. Wären sie in der Sowjetunion nicht noch größer?

Leonhard: Die seit zwei Jahren zugelassenen Genossenschaften haben in großen Städten Lebensmittel und Konsumgüter zu so hohen Preisen auf den Markt geworfen, daß ehrlich arbeitende Sowjetbürger sie überhaupt nicht bezahlen konnten. Daraufhin gab es soziale Unruhen, eine gewaltige Unzufriedenheit und eine Spaltung des Bewußtseins. Bei Meinungsumfragen sprach sich eine überwältigende Mehrheit für eine Wirtschaftsreform, gleichzeitig aber auch für ein Verbot der privat tätigen Kooperativen aus. Die Unruhe wurde so groß, daß die Ryschkow-Regierung den Rückzug antrat. Die konsequenten Reformer sind meiner Meinung nach völlig zu Recht der Auffassung, man müsse unbedingt weitermachen. Die ärgerlich hohen Gewinnspannen der Kooperativen sind ja nur deshalb möglich, weil es so wenige gibt. Wenn man noch ein Jahr durchhalten würde – mit ent-

sprechender sozialer Absicherung – und es statt 200 000 Anbieter gäbe, würden sich die Preise durch den zunehmenden Konkurrenzkampf von selbst regulieren. Diesen Mut hat aber die Mehrheit in der Führung bisher nicht.

HK: Neben den Problemen der Wirtschaftsreform macht der Sowjetunion auf dem Weg der Umgestaltung vor allem das Nationalitätenproblem zu schaffen. Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan ist dafür nur ein Beleg. Wo droht die größere Gefahr, von der Wirtschaftskrise oder den nationalen Spannungen?

Leonbard: Beides ist gefährlich, wobei sich einmal das eine und dann wieder das andere Problem in den Vordergrund drängt. Der Zeitraum von Sommer 1989 bis Sommer 1990 dürfte das schwierigste Jahr der gesamten Perestrojka sein. Noch nie hat sich in ihrem Verlauf die Situation so zugespitzt wie jetzt. Was den Nationalitätenkonflikt betrifft: von den 286 Millionen Sowjetbürgern sind 51% Russen, und 49% gehören 80 anderen Völkern und Nationalitäten an, davon 22 Völker mit mehr als drei Millionen Angehörigen. Die Wurzeln für die heutigen Konflikte wurden in der Stalinzeit gelegt. Vom Beginn der 30er Jahre, nachdem Stalin seine Macht konsolidiert hatte, bis Mitte der 80er Jahre wurde in der Sowjetunion eine unglaubliche Russifizierung betrieben. Die russische Tradition wurde verherrlicht, Traditionen anderer Völker wurden unterdrückt, die russische Sprache wurde forciert und Russen bei der Besetzung aller Positionen bevorzugt.

HK: Es hat also nur der ersten Auflockerungen des politisch-ideologischen Zwangssystems bedurft, um die nicht-russischen Völker gegen ihre jahrzehntelange Diskriminierung zu mobilisieren?

Leonbard: So ist es. Ob in den baltischen Republiken, der Moldau, der Ukraine, Georgien oder Zentralasien: überall begehren die Nichtrussen gegen die bisherige Unterdrückung ihrer nationalen Eigenart auf und verlangen mehr Selbstbestimmung. Dazu kommen allerdings nationale Konflikte zwischen zwei nicht-russischen Völkern, besonders deutlich gerade zwischen dem islamischen Aserbaidschan und dem christlichen Armenien. Man darf dabei nicht vergessen, daß Armenien das älteste christliche Land der Welt ist, und das islamische Aserbaidschan die einzige Unionsrepublik der UdSSR, in der die Muslime nicht wie sonst in der Sowjetunion Sunniten, sondern Schiiten sind. Glasnost hat dieses neue Aufbrechen nationaler Eigenständigkeiten und Konflikte ermöglicht. Man kann die dadurch entstandenen Probleme aber nicht Gorbatschow vorwerfen, sondern was hier zum Ausbruch kommt, ist ein 50 Jahre unterdrücktes nationales Erwachen, vergleichbar mit dem europäischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts.

HK: Wie groß ist überhaupt noch der Spielraum der sowjetischen Führung, vor allem angesichts der Tatsache, daß die baltischen Republiken nicht nur mehr Autonomie im sowjetischen Staatsverbund, sondern volle Souveräni-

tät anstreben? Sind auf diesem Hintergrund überhaupt noch für beide Seiten akzeptable Kompromisse vorstellbar?

Leonbard: Für eine Lösung der Nationalitätenprobleme ist es schon sehr spät, aber, wie ich hoffe, noch nicht zu spät. Immerhin gibt es weitreichende Absichtserklärungen der Führung, mit deren praktischer Verwirklichung man den Wünschen der nicht-russischen Republiken weithin entgegenkäme. Soviel Souveränität für die Republiken wie möglich: das Recht der Unionsrepubliken auf ihre eigene Sprache, ihre eigenen Fahnen, ihre eigenen Hymnen, das Recht, fast die gesamte Wirtschaft – mit Ausnahme einiger Schlüsselbetriebe – selbst zu verwalten, Bildungs-, Kultur-, Sozialfragen, Landwirtschaft, Konsumgüterindustrie usw. in die eigenen Hände zu nehmen, womit dann nur noch wenige Dinge gemeinsam einer lokaleren, elastischen Föderation vorbehalten wären. Falls die Litauer, die Aserbaidschaner und andere aber auf der totalen Unabhängigkeit – nicht nur auf einer Souveränität im Rahmen einer lockeren Föderation – bestehen sollten, wäre wohl der Präzedenzfall gekommen.

HK: Brächte das Gorbatschow zu Fall?

Leonbard: Zumindest hätten die Reformgegner im sowjetischen Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat erstmals eine Handhabe, gegen Gorbatschow und seine Reformen aufzutreten – etwa unter der Losung „Wir retten die Einheit der Heimat“. Sollten sich dagegen Letten, Litauer und Esten mit einer Souveränität im Rahmen einer lockeren elastischen Föderation begnügen, hätten diese Völker die außerordentliche Chance, Vorreiter der Reformen für die gesamte Sowjetunion zu sein. Nirgends sind die Aussichten für eine Wirtschaftsreform, eine Justizreform, für politischen Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit so gegeben wie gerade in den drei baltischen Republiken.

„Einen Militärputsch halte ich für unwahrscheinlich“

HK: Kann die Sowjetunion auf lange Sicht noch anders überleben als in Form eines russisch geleiteten Commonwealth?

Leonbard: Das wäre wohl die einzige realistische Möglichkeit. Beim Austritt von Unions-Republiken aus der UdSSR wäre diese Lösung in Gefahr, und dann könnte ein massiver Rückschlag für den Reformprozeß eintreten. Man spricht in der Sowjetunion davon, daß es angeblich ein Komitee zur Rettung der Heimat gäbe, dem führende Persönlichkeiten angehören, die auf einen solchen Moment warten. Heute kann man zwar nicht gegen die Perestrojka auftreten und erklären, man wolle zurück zu Breschnew. So jemand würde ausgelacht. Ebenso wenig kann man ein Zurück zu Stalin fordern, ohne starke Proteste bei einer übergroßen Mehrheit auszulösen. Die einzige Karte der Reformgegner wäre, im Ernstfall als Verteidiger der Einheit des Vaterlandes, der großen Sowjetunion, auftreten zu können.

HK: Eine wichtige Klammer für den Zusammenhalt der Sowjetunion ist die sowjetische Armee. Gleichzeitig wirken sich die Spannungen zwischen den Nationalitäten auch auf sie aus, da ja ein erheblicher Teil der Rekruten aus den nichtrussischen Völkern kommt. Wie schätzen Sie gegenwärtig die Sowjetarmee als Machtfaktor innerhalb des sowjetischen Gesamtsystems ein?

Leonhard: Die Zurückdrängung des Einflusses der sowjetischen Streitkräfte auf die Politik ist einer der erstaunlichsten Vorgänge im Rahmen der Perestroika. Es gehörte zum ABC der sowjetischen Politik, daß der Verteidigungsminister stets Vollmitglied des Politbüros war. Der Nachfolger von General Ustinov als Verteidigungsminister, Marschall Sokolov, war zum erstenmal in der Geschichte der Sowjetunion kein Vollmitglied, sondern nur einer der sieben Kandidaten des Politbüros. Ein Kandidat wird nicht zu allen Sitzungen eingeladen; er sitzt in der zweiten Reihe, darf sich an der Diskussion beteiligen, aber nicht mitbeschließen. Nachfolger Sokolovs nach dessen Ablösung im Zusammenhang mit dem Flug von Matthias Rust wurde der damals 63jährige Dmitri Jasow, der nicht einmal Marschall war, sondern nur General und in der militärischen Rangliste an 27. Stelle stand. Auch Jasow wurde nicht Vollmitglied des Politbüros, sondern wiederum nur Kandidat. Damit wurde auch äußerlich sichtbar, daß die Streitkräfte nicht mehr dieselbe Rolle spielen wie unter Breschnew. Es bleibt natürlich die Frage, wie lange sich die Streitkräfte das gefallen lassen. Bisher wurden zwar Bedenken geäußert – etwa in der Armeezeitung „Roter Stern“ –, aber zu einem offenen Widerstand ist es noch nicht gekommen.

HK: Könnte es im Fall einer krisenhaften Zuspitzung der Lage in der Sowjetunion zu einem Militärputsch kommen? Entsprechende Befürchtungen wurden ja hin und wieder geäußert ...

Leonhard: Ich halte das für unwahrscheinlich. Die Sowjetunion ist kein lateinamerikanisches Land, und die Armee verfügt nicht über vergleichbare Macht und Unabhängigkeit. Ich könnte mir weit eher als einen Militärputsch folgendes Szenario vorstellen: Die Reformgegner in der Führung könnten sich konsolidieren und dann etwa beim Austritt einiger Republiken aus der Union, bei bürgerkriegsähnlichen Zuständen oder großen sozialen Unruhen die Armee beauftragen, als letzte mögliche Ordnungsmacht zu fungieren. Einen solchen Auftrag würde die sowjetische Armee erfüllen – sie wird aber kaum auf eigene Faust handeln.

HK: Die Rolle der Sowjetarmee wird sich auch aus außen- und bündnispolitischen Gründen in absehbarer Zeit verändern. Es laufen ja Verhandlungen über den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn, aus der ČSSR und aus Polen, und auch die sowjetischen Verbände in der DDR werden in der bisherigen Stärke nicht erhalten bleiben. Was bedeutet es für die Sowjetarmee und die Sowjetunion, wenn sie ihre als Siegermacht des 2. Weltkrieges gewonnenen militärischen Positionen zurücknimmt, und

was bedeutet das für das Verhältnis der Sowjetunion zu ihren bisherigen Bündnispartnern, wenn die militärische Klammer zunehmend wegfällt?

Leonhard: Ein Rückzug der Sowjettruppen aus den Ländern des Warschauer Pakts würde wahrscheinlich von großen Teilen der Bevölkerung der Sowjetunion und der Mehrheit der Rekruten begrüßt, andererseits aber könnte ein solcher Rückzug auch den russisch-nationalistischen Flügel stärken. Die Pamjat-Bewegung, der Block der russischen Nationalisten und viele Reformgegner im Staats- und Parteiapparat könnten den Vorwurf erheben, Gorbatschow verspiele die mit Leid erkämpften Errungenschaften des großen Vaterländischen Krieges von 1941–45. Damit würde ein Rückzug der Sowjettruppen zur Polarisierung innerhalb der Sowjetunion beitragen. Ob und mit welchen Aufgabenstellungen es den Warschauer Pakt in Zukunft noch geben wird, ist schwer vorherzusagen. In jedem Fall werden sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den früheren Satellitenstaaten noch weiter ändern.

„Die Sowjetunion könnte neue politische Einflußmöglichkeiten gewinnen“

HK: Militärischer Rückzug der Sowjetunion aus den Ostblockstaaten und neue Beziehungen zu diesen Staaten haben auch Rückwirkungen auf ihren Status als Weltmacht. Zwar wird die Sowjetunion auf der nuklearstrategischen Ebene eine den Vereinigten Staaten ebenbürtige Supermacht bleiben. Aber ihre Rolle in Europa wie in der Weltpolitik muß sie auf jeden Fall neu bestimmen ...

Leonhard: Es gibt schon jetzt Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion anstelle ihrer bisherigen militärisch-ideologisch bestimmten Machtstellung in Zukunft einen größeren politischen Einfluß ausüben kann. Bis vor fünf Jahren war die Einstellung der Westeuropäer zur Sowjetunion im großen und ganzen – zu Recht – negativ. Heute wird nicht nur in der Bundesrepublik, sondern – in unterschiedlichem Ausmaß – in allen westlichen Staaten die Sowjetunion weithin positiv gesehen. Sowjetische Filme, Bücher und Theaterstücke werden beachtet, sowjetische Abrüstungsvorschläge begrüßt, die Reformen unterstützt, die Reden Gorbatschows werden aufmerksam und mit Interesse verfolgt. Wenn er in westliche Länder kommt, wird er freundlich begrüßt, zum Teil sogar bejubelt. Gorbatschow dürfte heute in Westeuropa populärer sein als zu Hause. An die Stelle der Macht, die aus militärischer Bedrohung stammt, könnte beim Fortgang der Reformen ein größeres politisches Gewicht der Sowjetunion treten – sowohl in Europa wie in der Weltpolitik.

HK: Abrüstung als militärische Weltmacht wird also für die Sowjetunion zur Voraussetzung, um als politische Weltmacht sich behaupten oder eine solche neu werden zu können?

Leonhard: Die Sowjetunion könnte noch mehr ein Staat werden, dessen Entwicklung fasziniert und positiv betrachtet wird. Wenn wir bedenken, daß heute die Bundesregierung, der Europarat, die EG und die Nato sowie alle führenden Politiker von den Sozialdemokraten bis zu den Konservativen öffentlich für die Fortsetzung der Reformen in der Sowjetunion plädieren und ihre Zustimmung

zum Kurs Gorbatschows erklären, bedeutet das doch eine bemerkenswerte Entwicklung. Durch Rückschläge bei den Reformen würde die Sowjetunion dieses inzwischen in der Welt angesammelte Kapital des good will verspielen, bei einer Fortsetzung der demokratischen Entwicklung dagegen vermutlich neue Einflußmöglichkeiten gewinnen.

Zwischen Selbstverwirklichungsutopien und Solidargemeinschaft

Das neue Programm der SPD

Die SPD gab sich im letzten Dezember, kurz vor Weihnachten, ein neues Programm. Es schreibt als Berliner Programm das Godesberger Programm von 1959 nicht fort, sondern löst es ab. Welches Profil deutscher Sozialdemokratie wird darin sichtbar? Und wie geben Grundwerteentscheidungen, politische Handlungsziele und praktische Politik zusammen? Hans Langendörfer (Jesuit, Sozialethiker, Mitarbeiter im „Foyer der Jesuiten“ in Bonn) und Peter Siebenmorgen (Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des International Institute for Strategic Studies in London) zeichnen die Grundlinien des Programms nach und benennen die ihm innewohnenden ideenpolitischen Spannungen und ethischen Ambivalenzen.

Auf dem Berliner Parteitag beschloß die SPD im Dezember 1989 ihr neues Grundsatzprogramm als Frucht einer fünf Jahre langen, intensiv geführten Programmdebatte. Zunächst hatte diese unter der Verantwortung von Willy Brandt gestanden, zuletzt leitete Oskar Lafontaine die Programmkommission. Die Diskussion über politische Grundsatzfragen und Grundwerte ist untrennbar mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie verbunden. Bisweilen hat es den Anschein, als habe sich die SPD die permanente Grundsatzdiskussion, die stete – und zuweilen auch unstete – Fortschreibung der programmatisch-intellektuellen Grundlagen als ihr spezifisches Bewegungsgesetz auserkoren.

Vorgeschichte und Anlaß des Berliner Programms

Das Grundanliegen der programmatischen Bemühungen der SPD besteht traditionell in dem Versuch einer zeitgemäßen Interpretation und politischen Umsetzung der Idee der sozialen Gerechtigkeit. Die deutsche Sozialdemokratie, ausgegangen und entscheidend geprägt von der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, stellte sich anfangs vornehmlich die Aufgabe, als politischer Solidarverband einer unter den Ungerechtigkeiten der modernen

Industriegesellschaft leidenden Arbeiterschaft für eine gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu kämpfen. Mit der Zeit weitete sich die sozialdemokratische Anhängerschaft; es kamen u. a. kleine Handwerker und andere in Abhängigkeit lebende Gesellschaftsgruppen hinzu. *Die Sozialdemokratie wollte sein*, was Walter Jens, der Schlußredaktor des Berliner Programms, einmal als christliches Ur-Anliegen formulierte: *Anwalt der kleinen Leute.*

Freilich gesellten sich von Anfang an auch intellektuell und humanistisch geprägte Menschen hinzu, deren persönliches Schicksal zwar nicht unmittelbar von sozialen Ungerechtigkeiten geprägt war, die allerdings das solidarische Grundanliegen teilten. Jedenfalls verstand sich die deutsche Sozialdemokratie immer auch als intellektuelle und aufklärerische Bewegung, wovon auch die Grundsatzprogramme und die seit jeher starke innerparteiliche Ideologiediskussion zeugen.

Entscheidender Impulsgeber für die Programmfortschreibung ist jeweils der gesellschaftliche Wandel. *Neue Grundsatzprogramme der SPD reflektieren neue soziale und gesellschaftliche Wirklichkeiten.* Dennoch fiel es der Partei niemals sehr leicht, neue Wirklichkeiten zu erkennen und anzuerkennen. Solange sich die Anhängerschaft der Partei im wesentlichen auf Arbeiter beschränkte und die Überlegenheit einer marktwirtschaftlichen Ordnung gegenüber planwirtschaftlichen Konzepten keineswegs so klar erkennbar war wie heute, hatte die SPD erhebliche Mengen sozialistischen Gedankenguts im Gepäck. Gerade in bezug auf die Ordnung der Wirtschaft und der Eigentumsverhältnisse war ihr der Blick für die praktischen Grundbedingungen wohlstands- und wohlfahrtsermöglichenden Wirtschaftens oftmals verstellt. Außerdem lief ein gewisser Rigorismus Gefahr zu übersehen, daß Umverteilung zugunsten sozialer Gerechtigkeit erst möglich ist, wenn zuvor etwas erwirtschaftet wurde.

So brauchte es nach der Gründung der Bundesrepublik noch zehn Jahre, ehe 1959 ein der neuen sozialen Wirk-